

EINE WIRTSCHAFT FÜR ALLE

Einleitung

Seit gut 15 Jahren erleben wir eine Finanzmarktkrise nach der anderen. Auf die Asienkrise von 1997 folgte der Zusammenbruch des Hedge-Fonds LTCM 1998, die Währungskrise von Russland 1998 und schliesslich platzte im Jahr 2000 die Internetblase. Die Finanzkrise 2008 hat zu besonders gewaltigen Erschütterungen geführt. Einstweilen schien alles – insbesondere in der Schweiz – relativ glimpflich überstanden. Doch die Krisen um Irland, Griechenland und Portugal, die Turbulenzen an den Finanzmärkten in den letzten Wochen und Monaten, die Situation in der Eurozone und in den USA sowie die absurde Überbewertung des Frankens zeigen: Es gibt ein grundsätzliches Problem, wie die Finanzmärkte und Teile der Wirtschaft heute funktionieren.

Das heutige Wirtschaftssystem wird dominiert von kurzfristigem Renditedenken. Die unruhigen, ja hysterischen Finanzmärkte haben sich von der realen Wirtschaft abgekoppelt und erfüllen ihre eigentliche Rolle, die Vermittlung von Liquidität, Kapital und Krediten, nicht mehr. Die Staaten müssen immer wieder für die Folgen von Krisen aufkommen: Banken freikaufen, Märkte beruhigen – ohne Aussicht auf nachhaltigen Erfolg. Die Finanzmärkte sind nicht mehr kontrollierbar. Risiken und Verluste trägt die Allgemeinheit, während die Gewinne privat bleiben.

Diese Situation ist das Resultat der politischen Entwicklungen der letzten 30 Jahre. Seit Mitte der 1980er Jahre verdrängten neoliberale Rezepte die «soziale Marktwirtschaft». Finanzmärkte und Banken wurden weitgehend liberalisiert und dereguliert. Der schrankenlose Markt, der überall alles von selbst regelt, wurde zum unwidersprochenen Dogma. Kapital und Kapitaleigentümer wurden systematisch steuerlich entlastet, die Arbeit (über Lohnnebenkosten) und der Konsum (über Mehrwertsteuern) belastet. Die Zeche zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Mittelstand. Staatliche Leistungen werden gekürzt und in Frage gestellt. Die Vermögens- und Einkommensungleichheit nimmt zu.

Wohin wir wollen

Ziel ist ein stetiges und ökologisch verträgliches Wachstum, das allen zu Gute kommt und nicht nur einigen wenigen dient. Die ungezügelte Dominanz der heutigen Finanzmärkte hat dabei keinen Platz. Die Spekulation und Volatilität an den Finanzmärkten gefährden unsere Gesellschaft und die Wirtschaft. Die Realwirtschaft, der Werk- und Forschungsplatz Schweiz muss gestärkt werden. Im Bereich der Exportwirtschaft wollen wir auf die Ausweitung der Produktion im High-Tech- und Cleantech-Bereich, auf Forschung und Entwicklung sowie auf hochwertige Dienstleistungen setzen. Daneben brauchen wir eine solide Binnenwirtschaft, die ein breites Spektrum an Berufen und vielfältige Arbeitsmöglichkeiten bietet.

Und wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Wir wollen eine Gesellschaft, die die zunehmende Ungleichheit stoppt, für gute Bildung für alle und für soziale Stabilität sorgt. Eine Gesellschaft, in der alle am Wachstum teilhaben – auch zum Nutzen der Gesamtwirtschaft. Eine Gesellschaft, die als Voraussetzung dafür einen solide finanzierten Staat schafft, der in Ausgleich und soziale Stabilität investiert. Die Finanzmärkte müssen zu ihrer ursprünglichen Aufgabe zurückgeführt werden, nämlich die Finanzierung der Realwirtschaft sicherzustellen.

Die Schweiz ist keine Insel. Die Wirtschaftslage der anderen Länder betrifft auch die Schweiz. Die Globalisierung hat uns Freiheit sowie materiellen und kulturellen Reichtum gebracht. Aber

Globalisierung ist kein Selbstzweck und funktioniert nur wenn internationale politische Zusammenarbeit für Stabilität sorgt. Trittbrettfahren ist keine Option: Ohne wirtschaftlich und politisch stabile und demokratische Länder sowohl in Europa als auch weltweit gibt es keine neuen Absatzmärkte und keinen Export. Die Schweiz ist auch aus wirtschaftlichen Gründen daran interessiert, dass es den anderen Ländern gut geht. Die Antwort auf die Krise ist daher nicht Isolation und Rückzug, sondern mehr internationale Vernetzung und politische Zusammenarbeit.

Jetzt anpacken

Die jetzige Krise ist der Moment, in dem das Wirtschaftssystem umgebaut werden muss. Das geht nicht von heute auf morgen und auch nicht alleine. Dies geht nur über einen Zeitraum von zehn Jahren, und mit internationaler Zusammenarbeit und Solidarität mit anderen Ländern. Die neoliberale Politik mit ihren Konsequenzen hat sich tief in unsere Wirtschaft und Gesellschaft eingepreßt. Die Rezepte, die uns in die ökonomische und ökologische Sackgasse geführt haben, führen uns nicht aus der Misere heraus. Wir müssen jetzt das Steuer herumreißen und eine neue und stabile Finanz- und Wirtschaftsordnung schaffen. Die folgenden konkreten Punkte sind die ersten Schritte dazu.

Finanzmarkt/Banken

- Der Finanzplatz kann seine traurige Vergangenheit als Steuerfluchthafen nur überwinden, wenn die Banken im Rahmen einer Weissgeldstrategie gesetzlich verpflichtet werden, ausschliesslich steuerdeklarierte Kundenvermögen anzunehmen und zu verwalten.
- Die Grossbanken müssen mittels scharfer Eigenmittelvorgaben redimensioniert und somit deren Systemrisiko abgebaut werden.
- Mit einer nationalen Postbank in Bundesbesitz wird die Unterstützung des Arbeitsplatzes und der Bevölkerung sichergestellt.
- Die Rolle und der Auftrag der Schweizerischen Nationalbank muss diskutiert und ihre Verantwortung für die Währungsstabilität und die Verhinderung der Währungsspekulation gesetzlich verankert werden.
- Die Spekulation muss auf europäischer und später auch auf globaler Ebene mittels einer Finanztransaktionssteuer eingeschränkt werden. Die Ausgestaltung soll langfristige und direkte Investitionen begünstigen.
- Das internationale Oligopol der drei Ratingagenturen muss durch eine Liberalisierung der Branche beendet werden.

Arbeit/Löhne

- Es braucht existenzsichernde Mindestlöhne von mindestens 22 Franken Brutto-Stundenlohn, beziehungsweise 3800 bis 4000 Franken Monatslohn. Arbeit auf Abruf kann nur in Ausnahmefällen akzeptiert werden, wenn die Angestellten auch während der Rufbereitschaft vollumfänglich bezahlt werden.
- Es braucht die gezielte Unterstützung notleidender Exportfirmen unter Bedingungen sowie Regelungen für «Langarbeit», damit keine Fronarbeit mehr stattfindet.
- Um den ökologischen Umbau zu ermöglichen und nachhaltig Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen, braucht es in der Schweiz eine Cleantech-Industriepolitik.
- Eine moderne Arbeitswelt ist nur möglich, wenn auf allen Stufen Teilzeitarbeit gefördert wird und alle Erwerbstätigen in den Genuss von 6 Wochen Ferien kommen sowie ein Recht auf einen bezahlten, Weiterbildungsurlaub von jährlich 5 Tagen erhalten.

- Die Lohnexzesse in den Chefetagen können und dürfen nicht mehr akzeptiert werden: Es braucht eine Bonussteuer auf überrissene Entschädigungen. Zwischen den höchsten und tiefsten Löhnen in einer Unternehmung ist eine Höchstspanne von 1:12 festzulegen.
- Lohndumping, ungerechtfertigte Vergütungen und Lohndiskriminierung kann nur mit Lohntransparenz verhindert werden.

Steuern

- Das Steuersystem muss grundsätzlich reformiert werden. Insbesondere sind die Steuerprivilegien, beispielsweise für Holdings oder die geringe Auslandgewinnbesteuerung, die zu einer internationalen Verzerrung des Standortwettbewerbs führen und aus der Schweiz eine Steueroase machen, abzuschaffen.
- Steuerhinterziehung ist auch im Inland dem Steuerbetrug gleichzustellen. Ausserdem müssen diese Missbräuche mit zusätzlichen Ressourcen auf allen Stufen konsequent verfolgt werden.
- Jede Einkommensart – ob Lohn, Rente, Erbschaft, Dividende oder Kapitalgewinn – muss unabhängig von Zivilstand, Geschlecht oder Nationalität vollumfänglich besteuert werden.
- Die steuerliche Wohneigentumsförderung muss sowohl aus Gründen der Steuergerechtigkeit als auch mit Blick auf die Raumplanung abgeschafft werden.
- Der exzessive Steuerwettbewerb auf kantonaler Ebene und zwischen den Gemeinden muss eingeschränkt werden, weil nur vermögende und mobile Personen vom Steuervermeidungstourismus profitieren. Zudem muss der Finanz- und Lastenausgleich optimiert werden.
- Mit einer nationalen Erbschaftssteuer muss die anhaltende Anhäufung von immer gigantischeren Vermögen bei einigen wenigen gestoppt werden.
- Die Pauschalbesteuerung ist in allen Kantonen abzuschaffen, da sie dem Verfassungsprinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit widerspricht.

Wohnen

- Die öffentliche Hand darf eigenes Land ausschliesslich gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht abgeben. Städte und Gemeinden müssen zudem aktiv nach Gelegenheiten suchen, Bauland oder Industriebrachen zu erwerben. Der Boden soll dann im Baurecht Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen zur Verfügung gestellt werden.
- Der Bund und staatliche Betriebe wie SBB, Post und Armasuisse müssen bei Verkaufsabsichten ihr Land und die Immobilien zuerst den Kantonen und dann den Standortgemeinden zum Kauf anbieten.
- Es braucht eine Stärkung der seit 30 Jahren ungenügend vollzogenen Mehrwertabschöpfung bei Ein- und Umzügen durch eine zwingende Bundesregelung.
- Immobilien sind ein anfälliger Sektor für Geldwäscherei. Darum müssen auch Immobiliengeschäfte dem Geldwäscherei-Gesetz unterstellt werden. Pensionskassen dürfen sich nicht nur auf das Hochpreissegment im Immobiliensektor beschränken: Sie müssen verpflichtet werden, in ihren Anlagestrategien einen festen Anteil in den Bau kostengünstiger Familienwohnungen zu investieren.